

Stellungnahme des Landtags

durch den Ausschuss für Europa und Internationales

zu der Mitteilung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 22. April 2013

– Drucksache 15/3385

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;

hier: Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation

S t e l l u n g n a h m e

- I. Der Landtag nimmt von der Mitteilung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 22. April 2013 – Drucksache 15/3385 – Kenntnis.
- II. Der Landtag stellt unterstreichend fest,
 1. dass im Grundsatz eine Initiative zur Reduzierung der Kosten des Breitbandausbaus zu begrüßen ist;
 2. dass jedoch hinsichtlich der gewählten Rechtsform als direkt wirkende Verordnung Bedenken hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit bestehen, da dieses Ziel auch in einer rechtlich weniger verbindlichen Form – einer Empfehlung – verwirklicht werden kann;
 3. dass durch die Zugangsverpflichtungen in bestehende Eigentumsrechte der öffentlichen Hand und von Privaten in unverhältnismäßiger Weise eingegriffen wird;

4. dass die Vorschläge der Kommission mit zusätzlichen Kosten für Netzbetreiber, Eigentümer, Bauherren und öffentlichen Stellen verbunden sein werden und diese ins Verhältnis zu den erwünschten Kostenreduzierungen gesetzt werden müssen;
5. dass die vorgeschlagenen Maßnahmen zu einem bürokratischen Mehraufwand führen, dessen Nutzen nicht erwiesen ist.

25.04.2013

Der Berichterstatter:



Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr

Der stellvertretende Vorsitzende:



Karl Rombach